

Chancengleichheit zwischen den Regionen NRWs wahren

Der FDP-Landesparteitag hält eine Überprüfung der „Mittelinstanzen“ (Bezirksregierungen, Landschaftsverbände, Regionalverband Ruhr) für sinnvoll und notwendig. Eine Modernisierung der Verwaltungsebenen muss die Belange aller Landesteile gleichberechtigt im Blick haben. Kompetenzüberschneidungen und Reibungsverluste müssen bei einer Novellierung vermieden werden.

Die FDP-NRW lehnt die von CDU, SPD und Grünen vorgeschlagene Novellierung des RVR-Gesetzes in ihrer jetzigen Form ab. CDU, SPD und Grüne wollen die Strukturen nicht effizienter, sondern komplizierter machen. Auch wendet sich die FDP dagegen, dass beabsichtigte Neuregelungen von oben übergestülpt und nicht zuerst in den Mitgliedskörperschaften des RVR, seinen Städten und Kreisen, beraten und entschieden worden sind. Zudem wird eine Neuregelung angestrebt, die andere Regionen zu benachteiligen droht. Eine Novellierung muss das ganze Land im Blick haben. Durch die vorgeschlagenen Änderungen würden sich die Verhältnisse zwischen den Regionen so verschieben, dass die Chancengerechtigkeit im Wettbewerb um Fördermittel zwischen den Regionen NRWs verletzt würde.

Die FDP setzt bei der Verwaltungsmodernisierung auf Freiwilligkeit und einen fairen Wettbewerb der Regionen, der Chancengerechtigkeit voraussetzt. Insgesamt ist eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit in der Metropolregion Ruhr, die die Effizienz des Verwaltungshandelns erhöht, für die Metropolregion Ruhr wie auch für andere Regionen des Landes sinnvoll und erstrebenswert. Städten und Kreisen sollte es grundsätzlich freigestellt sein, sich aus ihrer Sicht effizientere Strukturen zu suchen. Die Metropolregion kann dabei als Vorreiter einer verstärkten und institutionalisierten interkommunalen Zusammenarbeit wirken. Bei institutionellen Veränderungen sind jedoch faire Chancen für alle Regionen zu wahren.

Die Mitglieder des Landtages NRW werden daher aufgefordert, die Novellierung des RVR-Gesetzes in dieser Form abzulehnen.